



KrsVerb Bad Kissingen

KrsVerb Bad Kissingen

KrsGrp Rhön-Saale

Sektion Bad Kissingen

Einladung **zum Sicherheitspolitischen Vortrag 3-2020**

Veranstalter: Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Thema

-Flucht und Migration-

im Spannungsfeld von universellem Menschenrecht,
„Open Borders“ und staatlicher Grenzhoheit



Referent: Prof. Dr. Oliver Hidalgo

apl. Professor am Institut für Politikwissenschaft

der Universität Regensburg

Zeit: Mittwoch, den 29. Juli 2020, 19.00 Uhr

Ort: Parkwohnstift, H.-v.- Kleist-Straße 2, Bad Kissingen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem wir uns beim letzten Vortrag mit dem deutschen Engagement bei der Mission MINUSMA“ der Vereinten Nationen befasst haben wollen wir uns diesmal mit einer der größten Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in der Welt beschäftigen: dem Thema Flucht und Vertreibung. Bereits im Vortrag über den Auftrag der VN-Mission in Mali, die inzwischen auch auf die Nachbarstaaten ausgeweitet ist, wurde deutlich, dass der Auftrag der Mission nicht nur der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Staates und der Bekämpfung des Terrorismus in der Sahel-Zone dient. Ein wichtiges Ziel ist auch die Schaffung eines sicheren Umfelds für die Menschen und damit die Eindämmung von Flucht und illegaler Migration nach Europa.

In 2019 waren weltweit 80 Millionen Menschen auf der Flucht, ca. 60 Millionen als sog. „Binnenflüchtlinge“, 40 % von ihnen unter 18 Jahren. Wer glaubte, dass sich der



Druck der Flucht-und Migrationsströme Richtung Europa nach der Eskalation in 2015 vermindert hätte, sah sich getäuscht. Während weiterhin Tausende Flüchtlinge vor allem aus den umkämpften

Gebieten im Syrienkrieg – trotz Abmachung zwischen der EU und der Türkei – die griechischen Inseln erreichen, nimmt der Druck auf der Nordafrika-Route – vor allem über das Bürgerkriegsland Libyen – weiter zu.

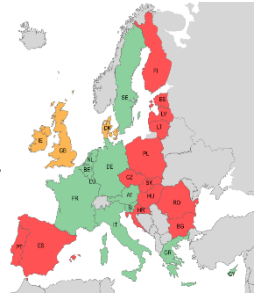


In dem völlig überfüllten Flüchtlingslager auf der Insel Lesbos herrschen katastrophale humanitäre Zustände, welche die Insel jeden Augenblick in einen Corona-Hotspot verwandeln können. Schiffe von zivilen Rettungsorganisationen bringen ständig neue Ladungen von Flüchtlingen in italienische Gewässer, wo sie oft tagelang umherirren, ohne die Genehmigung zu erhalten, die Asylsuchenden in einen Hafen bringen zu dürfen. Auch Spanien ist in letzter Zeit verstärkt zum Ziel von Asylsuchenden geworden, die die kurze Transitroute von Marokko über die Meerenge von Gibraltar benutzen.



Alle Versuche der europäischen Staaten, ein Abkommen über eine geregelte Aufnahme von Asylbewerbern (Europäisches Asylsystem) zu schließen, sind bisher gescheitert oder diesbezügliche Vereinbarungen wurden nicht eingehalten. Das

sogenannte „Dublin-III-Verfahren“ von 2013 über die Bearbeitung von Asylanträgen durch den Staat, auf dessen Boden ein Asylsuchender seinen Fuß zuerst setzt, ist aufgegeben worden. Einzelne Staaten versuchen, die Aufnahme von Flüchtlingen durch bilaterale Abkommen (sichere Drittstaaten und Herkunftsländer) zu verhindern, andere – vor allem in Osteuropa – verweigern grundsätzlich jegliche Mitarbeit bei der Lösung dieses ganz Europa betreffenden Problems und pochen auf die Hoheit über ihre Grenzen. Selbst liberale Staaten wie Schweden haben ihre Grenzen für Flüchtlinge mittlerweile geschlossen.



Wie ist die Rechtslage?

Ein Migrant verlässt seine Heimat freiwillig, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Ein Flüchtling tut dies unfreiwillig und aus begründeter Furcht vor Misshandlung und Diskriminierung wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, seines Geschlechts, seiner sexuellen Identität oder seiner politischen Überzeugung. Stellt er einen Asylantrag, so erhält er Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Während die Vereinten Nationen und zahlreiche Organisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen und Pro Asyl auf das Recht von Flüchtlingen auf Schutz pochen, schotten sich viele Staaten mit dem Hinweis auf ihre staatliche Grenzhohheit ab oder versuchen, Flüchtlingsströme durch bilaterale Abkommen einzudämmen. Dies gilt besonders für das umstrittene Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei.



Auf dieses Spannungsfeld zwischen dem universalen Menschenrecht auf Immigration, dem „right to leave“, dem „right to exclude“, dem Schutz der nationalen Identität und der Forderung von sicheren Staatsgrenzen wird unser Referent in seinem Vortrag eingehen.

Prof. Dr. Oliver Hidalgo ist derzeit Akademischer Oberrat für Politische Theorie an der WWU Münster und außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg. 2005 promovierte er in Regensburg und habilitierte sich dort 2012 mit einer Studie über die Antinomien der Demokratie. Professor Hidalgo ist Sprecher des AK „Politik und Religion“ der DVPW, Autor und Herausgeber

zahlreicher Bücher und Fachartikel über politikwissenschaftliche Themen (z.B. Islam und Politik, Flucht und Migration, Rechtspopulismus) und außerdem Referent bei verschiedenen Stiftungen und Institutionen im Bereich der politischen Bildung. 2018/2019 leitete er zudem ein Erasmus+ Programm der EU zum Thema „Rights, Duties, Solidarity – European Constitution and Muslim Immigration“.

Nach dem Vortrag ist ausreichend Zeit zur Diskussion vorhanden.

Noch ein Hinweis zu den am Abend geltenden Infektionsschutzbestimmungen:

mit Betreten des Hauses bis zum Sitzplatz ist Mund-und Nasenschutz zu tragen. Die Stühle sind mit einem Abstand von 1,5 Metern aufgestellt. Der Saal ist gut gelüftet. In der Pause ist ein Abstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Region sind herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Rug

Europa-Union

Ulrich Seelmann

ASP

Norbert Rückel

VdRBw

Ulrich Feldmann

GSP